

Öffentliche Niederschrift Nr. 3/2026

über die Sitzung der Ratssitzung
der Stadt Espelkamp am 25.02.2026

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister Dr. Vieker, Henning

die Ratsmitglieder

Blase, Meik
Bölk, Jens
Bösch, Reinhard
Carballo y Hagemester, Daniel
Craig, Florian
Eckert, Sven
Golanowsky, Fabian
Grackiewicz, Jaroslaw
Grote, Max
Halwe, Thorsten
Heiderich, Jens
Henke, Beate
Janzen, Dietrich
Kittel, Anja
Kopke, Carola
Kopke, Peter
Littau, Paul
Mandtler, Wolfgang
Meier, Friedhelm
Meinhardt, Stefan
Michalowitz, Annegret
Özcan, Ahmet
Riesner, Gaby
Rogalske, Thomas
Schmale, August Wilhelm
Schröder, Marlies bis 18:22 Uhr
Seidel, Paul-Gerhard
Stargardt, André
Sternberg, Anja
Strobel, Claudia
Thein, Frank
Töws, Dietrich
Uehlemann, Werner
Wall, Arthur
Wenzel, Klaus-Werner
Wessel, Hans

es fehlen:

Beckermann-Beihl, Daniela
Stahnke, Bernhard

von der Verwaltung

Tegeler, Matthias
 Horstmeier, Björn
 Sassenberg, Susanne
 Rogalske, Stefan
 Hagemeyer, Klaus
 Schlömer, Roland
 Rennegarbe, Loreen
 Klute, Kerstin

Allgemeiner Vertreter/Fachbereichsleiter
 Fachbereichsleiter/Stadtkämmerer
 Fachbereichsleiterin
 Sachgebietsleiter
 Vorstand Stadtwerke Espelkamp AöR
 Stadtangestellter
 Stadtinspektorin
 Sachgebietsleiterin, als Schriftführerin

Bürgermeister Dr. Vieker eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er verkündet, dass Espelkamp heute in Düsseldorf als „europaaktive Kommune“ ausgezeichnet worden sei. Dies sei eine gute Wertschätzung der vor Ort geleisteten Arbeit.

Bürgermeister Dr. Vieker gratuliert den Ratsherren Halwe und Wenzel zum heutigen Geburtstag.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Die Tagesordnung wird wie folgt erledigt:

Öffentlicher Teil

Punkt 1.: Anträge zur Niederschrift 6/2025 vom 10.12.2025, 1/2026 vom 07.01.2026 und 2/2026 vom 03.02.2026 - öffentlicher Teil -

Keine Anträge.

Punkt 2.: Bürgerfragestunde um 17:00 Uhr

Herr Viktor Harder:

- Warum sind an der Mittwaldschule Bäume gefällt worden? War dies zulässig?

Verwaltung, Frau Sassenberg:

- Dies geschah im Zuge des Mensa-Anbaus für die Betreuung im Offenen Ganztage.
- Die Maßnahme wurde der Politik bereits bekanntgegeben und war auch zum gegebenen Zeitpunkt erlaubt.

Punkt 3.: Umbesetzung von Gremien

60/2026

Beschluss

Der Rat der Stadt Espelkamp beschließt einstimmig mit sofortiger Wirkung folgende Gremienumbesetzung:

CDU-Fraktion

Verbandsversammlung des Zweckverbandes OWL-IT	Alt	Wall, Arthur	Wenzel, Klaus-Werner
	Neu	Wall, Arthur	Halwe, Torsten

Bündnis 90 / Die Grünen

Arbeitskreis Friedhöfe	Alt	Wessel, Hans	Craig, Florian
	Neu	Walter-Bußmann, Petra (sB)	Wessel, Hans

Verwaltung, Bürgermeister Dr. Vieker:

- Der Beschluss der Haushaltssatzung ist der Kernpunkt der heutigen Ratssitzung. In den vergangenen Monaten wurden intensive Haushaltsberatungen geführt.
- Die einleitende Präsentation hält zunächst der Stadtkämmerer Herr Horstmeier.

Verwaltung, Herr Horstmeier:

- Die anstehende Beschlussfassung erfolgt in Gänze über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 mit Haushaltsplan, Haushaltssicherungskonzept (HSK) und Anlagen.
- Mit -13,9 Mio. € besteht noch immer ein hohes zweistelliges Defizit, gegenüber der Einbringung des Haushaltsentwurfs hat sich aber eine leichte Verbesserung ergeben.
- Vorhandene Defizite können auch weiterhin durch Eigenkapital gedeckt werden (s. Folie 5 der dieser Niederschrift als Anlage beigefügten Präsentation). Allerdings führen die erforderlichen Eingriffe in die allgemeine Rücklage auch weiterhin zur Pflicht, ein HSK aufzustellen.
- 2034 kann ein positives Jahresergebnis abgebildet werden. Dies ist die entscheidende Voraussetzung für ein genehmigungsfähiges HSK.
- Auch 2034 ist noch Eigenkapital in Höhe von 22 Mio. € vorhanden. Demzufolge droht keine Überschuldung.
- Die Finanzierung der laufenden Verwaltungstätigkeit ist am Finanzplan ersichtlich. Der dort vorhandene negative Saldo muss finanziert werden. Hierfür sind 2026 noch einmal Eigenmittel vorhanden, allerdings reichen diese nicht aus, um das Defizit vollständig zu decken, d. h. bereits 2026 und in den Folgejahren müssen – Stand heute – jeweils Liquiditätskredite aufgenommen werden. Diese Entwicklung ist nicht gut.
- Die Finanzierung der Investitionstätigkeit ist aus Folie 10 der Präsentation ersichtlich.
- In diesem Zusammenhang ist das in der Verwaltung vorhandene sehr gute Fördermittelmanagement hervorzuheben. Die dort eingeworbenen Mittel sind größer als die vorhandenen Eigenmittel.
- Der im Zeitraum der Mittelfristplanung bis 2029 zu verzeichnende Aufwuchs an Investitions- und Liquiditätskrediten ist aus Folie 11 der Präsentation ersichtlich. Hierfür fallen auch Zinsen an. Dies ist eine Herausforderung, aber im Rahmen der Investitionstätigkeit gleichzeitig auch gut investiertes Geld.

Verwaltung, Bürgermeister Dr. Vieker:

- Nun folgen die Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppen. Hierbei beginnt die CDU als größte Fraktion, alle anderen schließen sich in der Reihenfolge ihrer Mitgliederzahl an.

Es folgen die dieser Niederschrift als Anlagen beigefügten Haushaltsreden:

1. CDU-Fraktion, Ratsherr Rogalske,
2. SPD/UA-Fraktion, Ratsherr Bölk,

3. AfD-Fraktion, Ratsherr Kopke
4. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Craig,
5. Ratsherr Janzen (Bündnis C)
Aufgrund der Dauer der Haushaltsrede wird Ratsherr Janzen von Bürgermeister Dr. Vieker zunächst auf die bereits überschrittene Redezeit hingewiesen und schließlich gebeten, zum letzten Satz zu kommen.
6. Bürgermeister Dr. Vieker richtet Grüße von Ratsfrau Beckermann-Beihl aus und teilt mit, dass ihre Haushaltsrede dem Protokoll beigefügt werde.

Verwaltung, Bürgermeister Dr. Vieker:

- Die Stadt Espelkamp befindet sich in einer sehr schwierigen Haushaltslage.
- Der kommunale Bereich steht insgesamt vor noch nie dagewesenen Defiziten und dies bildet sich auch in Espelkamp so ab.
- Auch das HSK wurde beraten und fortgeschrieben, über Änderungsvorschläge wurde debattiert und manches wurde eingearbeitet. Das nun vorgelegte HSK ist das Ergebnis dieses Prozesses.
- Der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegte Antrag geht in die Haushaltsberatungen für 2027 ein. Weitere Anträge liegen nicht vor, sodass nunmehr der vom Kämmerer vorgelegten Entwurf zur Abstimmung gestellt wird.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Seidel entsteht eine kurze Diskussion darüber, ob vor der Abstimmung noch eine weitere Aussprache zum Haushalt erfolgt. Ratsherr Seidel zieht schließlich seine Wortmeldung zurück.

Beschluss

Der Rat der Stadt Espelkamp beschließt mit 20 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen den geänderten Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 mit Haushaltsplan, Haushaltssicherungskonzept und Anlagen

Punkt 5.: **Bezahlkarte für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)** 28/2026

Beschluss

Der Rat der Stadt Espelkamp beschließt einstimmig, die Opt-Out Regelung des § 4 der Verordnung zur flächendeckenden Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) (Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW) anzuwenden und die Leistungen nach dem AsylbLG im Regelfall nicht in Form der Bezahlkarte zu erbringen.

Punkt 6.: **Beschaffungsvariantenvergleich für ein mögliches neues Rathaus** 52/2026
1. Ergänzung

Verwaltung, Bürgermeister Dr. Vieker:

- Das Thema wurde bereits in der letzten Ratssitzung intensiv behandelt. Hierzu wurden noch einige Fragen eingereicht, deren

Beantwortung das in der Verwaltung zuständige Projektteam vorbereitet hat.

Verwaltung, Frau Sassenberg:

- Bericht anhand der dieser Niederschrift als Anlage beigefügten Präsentation „Beschaffungsvariantenvergleich“.
- Das in Gladbeck nach dem ÖPP-Modell errichtete Rathaus wird voraussichtlich 2031 übernommen. Nach Aussage der dortigen Verwaltung würde man ein solches Projekt jederzeit wieder im ÖPP-Modell angehen.
- Zur Frage „ÖPP und Risiken“ wird auf die als Anlage beigefügten Folien der NRW-Bank verwiesen. Die Risiken sind darin jeweils farblich dargestellt.
- Zur Frage „ÖPP und Risikoabsicherung aus kommunaler Sicht“: Die Risiken und deren Absicherung sind vertraglich zu regeln.

SPD/UA-Fraktion, Ratsherr Seidel:

- Hierbei stellt sich die Frage, wie hoch sich ein privater Partner die Risikoabsicherung bezahlen lässt.

Verwaltung, Herr Horstmeier:

- Eine ÖPP würde immer in Form des Inhabermodells eingegangen. Was dies bedeutet, ist gut erklärt worden.
- Es geht nicht darum, sich unbedingt für eine ÖPP zu entscheiden. Dem Beschlussvorschlag ist zu entnehmen, dass dies nur eine von mehreren Varianten ist. Die Verwaltung plädiert aber dafür, die ÖPP in den Vergleich mit einzubeziehen.
- Zu Aussagen von Vertretern der SPD/UA-Fraktion, sämtliche Rechnungshöfe hätten sich negativ zu ÖPP-Modellen geäußert: Die Einschätzung der Rechnungshöfe stellt kein absolutes „No-Go“ dar, sondern sie bedeutet lediglich, dass die Gestaltung von ÖPP-Modellen intensiv geprüft werden müsse und genau das soll gemacht werden.
- Aus Sicht der Verwaltung spricht nichts dagegen, ÖPP-Modelle in den Beschaffungsvariantenvergleich mit einzubeziehen. Deshalb wird darum gebeten, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, alle 4 vorgeschlagenen Varianten professionell vergleichen zu lassen. Das Vergleichsergebnis ist dann die wirtschaftlichste Variante.

SPD/UA-Fraktion, Ratsherr Bölk:

- Bei den ÖPP-Varianten werden Risiken an den Bauunternehmer übertragen. Hierbei handelt es sich in der Regel um einmalige Risiken und Gewährleistungsrisiken. Diese wird der Unternehmer entsprechend einpreisen.
- Die Bundes- und Landesrechnungshöfe haben darauf hingewiesen, dass langfristige Risiken – z. B. solche aus der Gebäudenutzung – bei der Kommune verbleiben. Sie betonen außerdem, dass die Risiken real übertragen werden müssen. Eine spätere Rückübertragung darf es nicht geben. Außerdem wird darauf verwiesen, dass ÖPP-Modelle häufig bei größeren Kommunen sinnvoller sind.
- Die bei einer ÖPP zu vereinbarende Risikoprämie muss günstiger sein als die kommunalen Eigenkosten, die entstehen würden.
- Insgesamt ist die langfristige Belastung des städtischen Haushalts kritisch zu sehen, zumal die entstehenden Kosten noch gar nicht im Haushaltsplan und in der Fortschreibung des HSK enthalten sind.
- Die NRW-Bank ist eine Landesinstitution; vielleicht wäre es sinnvoll, ein komplett neutrales Büro zu suchen. Es bleibt abzuwarten, ob eine ÖPP am Ende die günstigste Variante wäre. Für den städtischen Haushalt ist sie die schlechteste.

Verwaltung, Bürgermeister Dr. Vieker:

- Genau diese Fragen sollen im Rahmen des Beschaffungsvariantenvergleichs geklärt werden.
- Am Ende des Prozesses soll eine mit Zahlen belegte Einschätzung des konkreten Projekts „zukünftiges Rathaus“ vorliegen. Deshalb schlägt die Verwaltung vor, alle 4 Varianten zu prüfen und zu vergleichen.

Beschluss

Der Rat der Stadt Espelkamp beauftragt die Verwaltung mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen, für das Projekt „zukünftiges Rathaus“ einen Beschaffungsvariantenvergleich für einen Rathausneubau auf Basis des aktuellen Raumprogrammes von einem externen Fachbüro durchführen zu lassen, um die wirtschaftlichste Beschaffungsform für eine anschließende Paketvergabe zu ermitteln. Dabei sollen die Beschaffungsformen Eigenrealisierung, Totalunternehmer, ÖPP light und ÖPP-Inhabermodell verglichen werden.

Der Beschaffungsvariantenvergleich ist auf der Grundlage der Variante 4 mit einem Baukörper im Bereich der „Alten Post“ gemäß der Machbarkeitsstudie vom Büro Drees & Sommer mit einer Anwesenheitsquote von 0,87 und ohne die Stadtwerke Espelkamp AöR durchzuführen.

Punkt 7.:

75. Änderung des Flächennutzungsplanes für die Darstellung „Grünfläche mit Zweckbindung Friedhof“

6/2026
1. Ergänzung

hier:

- 1. Abwägung der während des gesamten Verfahrens eingegangenen Anregungen**
- 2. Beschluss über die 75. Änderung des Flächennutzungsplanes**

Beschluss

Der Rat der Stadt Espelkamp fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Die Anregungen der Träger öffentlicher Belange und die der Bürger werden gemäß den in der Anlage genannten Vorschlägen abgewogen.
2. Die 75. Änderung des Flächennutzungsplanes für die Darstellung „Grünfläche mit Zweckbindung Friedhof“ wird beschlossen und die dazugehörige Begründung inhaltlich gebilligt.

Punkt 8.:

Bekanntgaben und Anfragen

- a) Ratsherren Craig und Seidel:
 - Das Ratsinfosystem ist zzt. nicht zugänglich, wodurch die Sitzungsvorbereitung erschwert wird. Dieses Problem soll bitte schnellstmöglich gelöst werden.
 - Die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger haben noch keine Zugänge zum Ratsinfosystem für ihren jeweiligen Bereich. Diese sollen bitte schnellstmöglich eingerichtet werden.
- b) Verwaltung, Herr Hagemeier:
 - Der Rat hat am 07.01.2026 die Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren zum Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ beschlossen.

- Über 3.600 Bekundungen sind fristgerecht bis zum 15.01.2026 eingegangen. Mit einer beantragten Gesamtfördersumme von über 7,5 Mrd. € ist der Projektauftrag stark überzeichnet.
- Die Auswertung der Interessensbekundungen wird länger dauern und die Auswahl der zu fördernden Projekte durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages wird voraussichtlich erst nach Ostern erfolgen.
- Anhand dieser Zahlen ist ersichtlich, welcher Investitionsstau in den Kommunen besteht.

Dr. Henning Vieker
Bürgermeister

Kerstin Klute
Schriftführerin

Beschluss Haushaltsplan für das Jahr 2026

Ratssitzung am 25.02.2026



Beschlussgegenstand für Haushaltsplan 2026

- Haushaltssatzung
- Haushaltsplan mit Anlagen
- Stellenplan
- Haushaltssicherungskonzept

Haushaltsplan 2026



Ergebnisplan

Entwicklung geplantes Jahresergebnis

in EUR

Jahresergebnis	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
HH-Entwurf am 10.12.2025	-15.154.526	-10.321.281	-11.233.811	-12.455.903
HH-Entwurf mit Änderungen am 25.02.2026	-13.990.985	-8.934.336	-7.306.953	-8.073.815
Verbesserung	1.163.541	1.386.945	3.926.858	4.382.088

Veränderungen im Ergebnisplan

in EUR

Änderungen bei den ...	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
HH-Entwurf am 10.12.2025	-15.154.526	-10.321.281	-11.233.811	-12.455.903
Erträgen	825.898	-111.335	2.177.281	2.400.752
Aufwendungen	-337.643	-1.498.280	-1.749.577	-1.981.336
HH-Entwurf mit Änderungen am 25.02.2026	-13.990.985	-8.934.336	-7.306.953	-8.073.815

Haushaltsplan 2026



Ergebnisplan

Entwicklung des Eigenkapitals

in EUR

Bilanz- position	Ergebnis 2022	Ergebnis 2023	voraus. IST 2024	Prognose zum 31.12.2025	Plan zum 31.12.2026	Plan zum 31.12.2027	Plan zum 31.12.2028	Plan zum 31.12.2029
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage	73.993.186,22	72.401.254,55	71.881.605,05	76.167.276,05	69.026.766,05	60.326.218,63	51.391.882,63	44.084.929,63
Ausgleichsrücklage	21.842.121,26	0,00	0,00	3.396.974,58	5.291.036,58	0,00	0,00	0,00
Jahresfehlbetrag	-23.727.937,85	-1.031.042,56	0,00	0,00	-13.990.985,00	-8.934.336,00	-7.306.953,00	-8.073.815,00
Jahresüberschuss	0,00	0,00	7.682.645,58	1.894.062,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtes Eigenkapital	72.107.369,63	71.370.211,99	79.564.250,63	81.458.312,63	60.159.418,63	51.225.082,63	43.918.129,63	35.844.314,63

Eingriff in die Allg. Rücklage	-1.885.816,59	-1.031.042,56	0,00	0,00	-8.699.948,42	-8.934.336,00	-7.306.953,00	-8.073.815,00
%-Eingriff in die Allg. Rücklage	2,55%	1,42%	0,00%	0,00%	12,60%	14,81%	14,22%	18,31%
Schwellenwert 5% der Allg. Rücklage überschritten	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja

Pflicht zur Aufstellung Haushaltssicherungskonzept weiterhin gegeben!

Haushaltsplan 2026



Haushaltssicherungskonzept

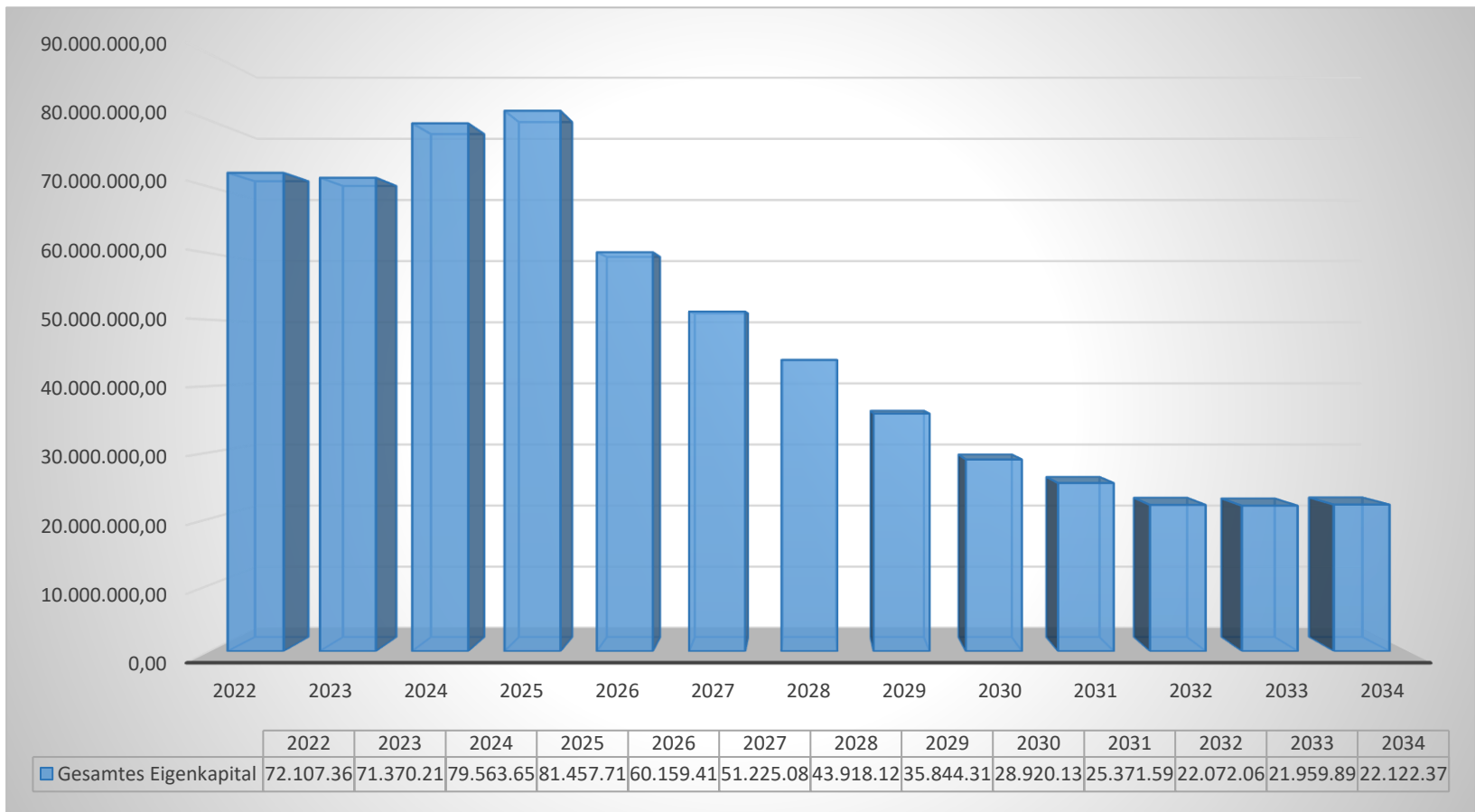
Ergebnisplan 2026 bis 2034

in EUR

Jahresergebnis	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
Zum Stand 25.02.2026	-13.990.985	-8.934.336	-7.306.953	-8.073.815

Jahresergebnis im fortgeschriebenen Ergebnisplan des HSK	Plan 2030	Plan 2031	Plan 2032	Plan 2033	Plan 2034
Zum Stand 25.02.2026	-6.924.181	-3.548.534	-3.299.532	-112.175	162.480

Entwicklung des Eigenkapitals zum 31.12. eines Jahres



Konsolidierungsbeiträge in den Jahren 2026 bis 2034

in EUR

Gesamtsummen	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
Erträge	1.269.916	954.215	2.949.010	3.081.790
Aufwendungen	-1.730.322	-1.945.988	-2.030.243	-2.013.110
Ergebnisverbesserung	3.000.238	2.900.203	4.979.253	5.094.900

Gesamtsummen	Plan 2030	Plan 2031	Plan 2032	Plan 2033	Plan 2034
Erträge	3.100.568	6.097.829	6.125.563	9.170.113	9.200.213
Aufwendungen	-2.604.002	-2.790.948	-3.042.704	-3.251.066	-3.498.894
Ergebnisverbesserung	5.704.570	8.888.777	9.168.267	12.421.178	12.699.107

Haushaltsplan 2026



Finanzplan

Finanzierung der laufenden Verwaltungstätigkeit

in EUR

Positionen	2026	2027	2028	2029
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	59.691.290	63.494.415	67.330.483	68.144.086
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-75.354.995	-72.394.210	-74.019.251	-75.406.259
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-15.663.705	-8.899.795	-6.688.768	-7.262.173
Finanzierung negativer Saldo über Eigenmittel	8.183.193	-	-	-
Finanzierung negativer Saldo über Liquiditätskredite	7.480.512	8.899.795	6.688.768	7.262.173

Haushaltsplan 2026



Finanzplan

Finanzierung der Investitionstätigkeit

in EUR

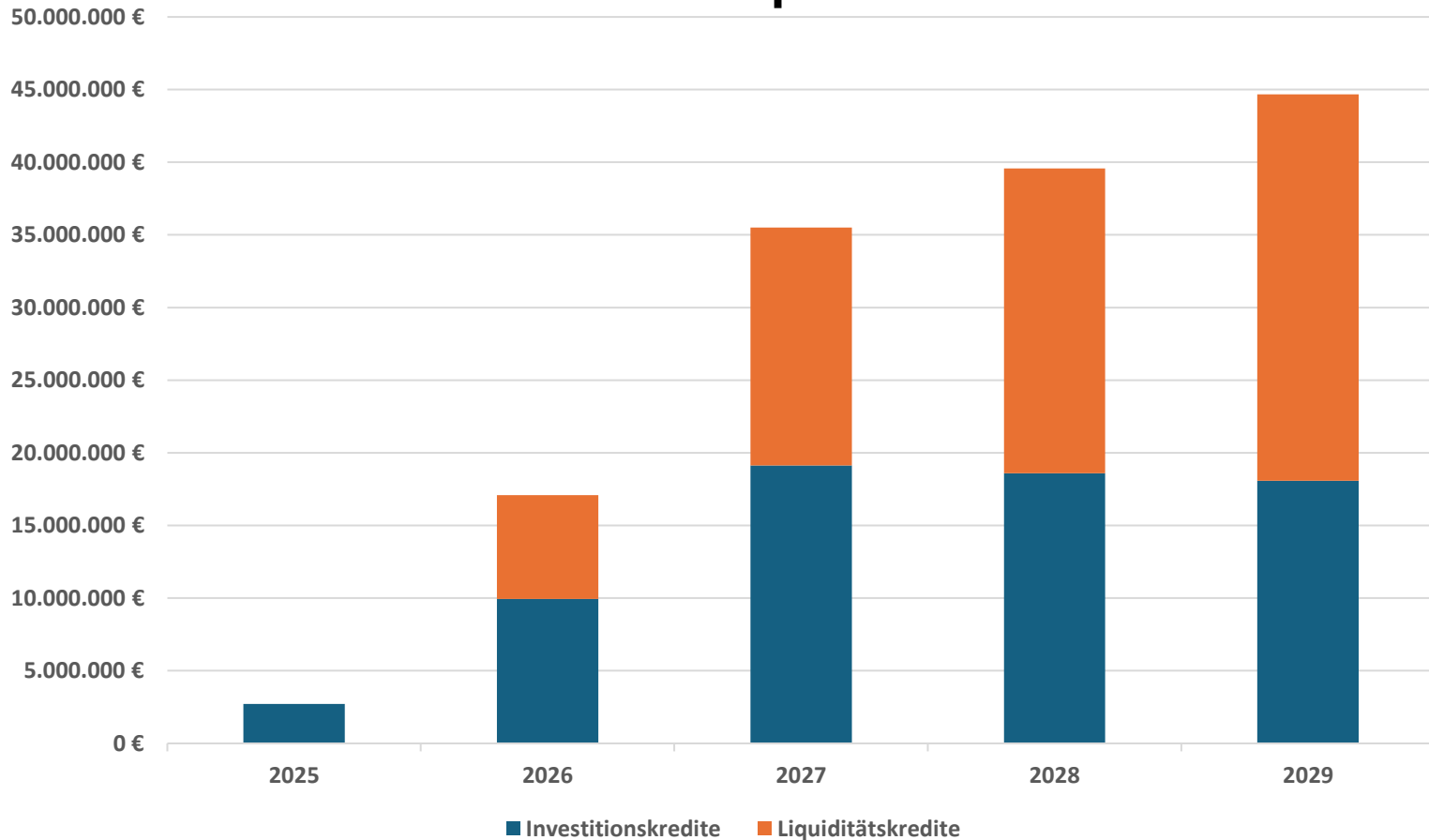
Positionen	2026	2027	2028	2029
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	20.204.957	15.050.411	4.334.323	3.457.381
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	27.089.578	24.573.093	1.715.250	1.298.650
Saldo der Investitionstätigkeit	-6.884.621	-9.522.682	2.619.073	2.158.731
Finanzierung der Auszahlungen über Verkaufserlöse u. Beiträge	3.806.616	2.713.395	1.296.535	243.405
Finanzierung der Auszahlungen über pauschale Zuwendungen	2.676.726	2.676.726	2.676.726	2.676.726
Finanzierung der Auszahlungen über Förder- und Drittmittel	13.006.236	9.482.972	361.062	537.250
Finanzierung der Auszahlungen über Investitionskredite	7.600.000	9.700.000	0	0

25.02.2026

Rat

10

Aufwuchs Investitions- und Liquiditätskredite bis 2029



**Vielen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit!!!**

Haushaltsrede 2026 im Rat der Stadt Espelkamp

Verantwortung – Verlässlichkeit - Zukunft

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

werte Kolleginnen und Kollegen,

für mich ist dies nun schon mein 13. Haushalt der Stadt Espelkamp, über den ich mitberaten und den ich mitverabschieden darf. Es gibt ein Muster, dass sich in jedem dieser Jahre in unterschiedlich starken Ausprägungen wiederholt:

Der Kämmerer stellt seinen Haushalt auf und die Beratungen beginnen. In keiner Sitzung wird versäumt zu betonen, dass die Kreisumlage an den Kreis Minden-Lübbecke steigt und droht uns zu erdrosseln. Jedes Jahr ruft der Kreis Minden-Lübbecke, das Land müsste mehr Geld an den Kreis zahlen, damit er seinen Aufgaben nachkommen könne. Das Land Nordrhein-Westfalen erklärt, es sei an die Schuldenbremse gebunden und brauche Geld vom Bund. Beim

Bund heißt es dann, die Bürokratie der Europäischen Union verschlucke Unsummen. Und am Ende kann keine Ebene der anderen helfen.

Meine Damen und Herren, ich werde dieses Jahr auf dieses übliche Klagelied verzichten aber bin mir sicher die nach mir sprechenden Kolleginnen und Kollegen werden das nicht versäumen. Stattdessen unterstelle ich einmal hier und heute, dass auf allen Ebenen, vom Kreis bis zur EU kluge und engagierte Menschen arbeiten, die ihr Bestes geben. Statt nach anderen zu rufen, möchte ich das uns hier vor Ort mögliche betonen und mich darauf konzentrieren.

Deswegen möchte ich heute über Verantwortung – Verlässlichkeit und Zukunft sprechen.

Zunächst geht mein ausdrücklicher Dank an unseren Kämmerer Björn Horstmeier und sein Team um Tim Vahrenkamp. Mein Dank geht auch an die gesamte Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.

1. Verantwortung

Zu einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik gehört Ehrlichkeit. Ein Minus von 14 Millionen Euro ist sehr hart. Die Ursachen hierfür sind uns bekannt: Sinkende Gewerbesteuerereinnahmen, steigende Tarife im öffentlichen Dienst, hohe Energiekosten, steigende Sozialausgaben und eine steigende Kreisumlage.

Die Lage ist tatsächlich so ernst wie noch nie in meinen zwölf Jahren Kommunalpolitik. Aber wir steuern dagegen. Mit dem vorliegenden Haushaltssicherungskonzept haben wir uns auf einen guten Weg gemacht die Ausgaben zu reduzieren, um bis 2034 wieder schwarze Zahlen zu schreiben. Und ich nehme den ernstesten Willen bei Politik und Verwaltung wahr, diesen Sparkurs auch mit der gebotenen Ernsthaftigkeit zu verfolgen.

2. Prioritäten

Ein Haushalt ist immer eine politische Schwerpunktsetzung. Sprich: Wofür wollen wir trotz knapper Kassen bewusst Geld ausgeben? Hier sehe ich aus CDU-Sicht drei Punkte ganz weit oben in der Prioritätenliste.

Wir investieren in die Stadtentwicklung und Infrastruktur. Vor uns liegen Mammutaufgaben wie die Entwicklung des Adient-Geländes, der Neubau des Rathauses, die Frage nach dem Bürgerhaus, der Neubau eines Baubetriebshofes und die Entwicklung rund um das neue Krankenhaus in der Gabelhorst. Und auch wenn bei all diesen Dingen die Finanzierungsfragen noch nicht endgültig geklärt sind, ist für uns Christdemokraten klar, dass wir in unsere Stadt investieren werden.

Das zeigt sich auch beim Thema Kinder. Auch hier investieren wir massiv. Beispielsweise durch den Bau von Sporthallen, einer neuen OGS-Mensa oder die umfassenden Zuschüssen im Bereich der Kitas. Kinder haben für die CDU immer Priorität.

Und im Haushalt lässt sich leicht ablesen, dass wir auch weiterhin in den Sport und das Ehrenamt unserer Stadt und unserer Dörfer

investieren. Vom Bau der neuen Stadtsporthalle bis hin zur Unterstützung der Dorfgemeinschaften für lebendige Ortschaften, wie beispielsweise in Gestringen.

3. Zukunft

Kurzum, wir investieren in die Zukunft. Lassen Sie mich ein Bild malen von unserem Espelkamp in 10 Jahren. Ich sehe eine wachsende Stadt mit einem Krankenhaus, einem neuen Wohnquartier auf dem Adient-Gelände, eine Stadt, die nicht mehr in der Haushaltssicherung ist, eine belebte Innenstadt, rund um ein neues Rathaus und einen modern gestalteten Wilhelm-Kern-Platz. Eine Stadt, die liebens- und lebenswert ist.

Verantwortung – Verlässlichkeit – Zukunft. Das ist unsere Strategie für unsere Heimat. Meine Damen und Herren, Haushaltspolitik ist kein Rechenexempel, sondern Ausdruck unserer Werte.

Die CDU-Fraktion wird daher dem vorliegenden Haushalt und dem Haushaltssicherungskonzept zustimmen und diese beschließen. Weil wir Verantwortung übernehmen, Verlässlichkeit leben und die Zukunft gestalten wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen, wie jedes Jahr werde ich auch heute für eine breite Zustimmung zum vorliegenden Zahlenwerk.

Dies ist der erste Haushalt, den dieser Rat in seiner neuen Zusammensetzung berät und beschließt. Die Wählerinnen und Wähler haben diesen Rat so besetzt, wie sie ihn besetzt haben. In diesem Rat gibt es keine Mehrheiten ohne die Stimmen der CDU. Vor der Wahl hat die CDU den demokratischen Parteien und Wählergemeinschaften die Hand ausgestreckt. Diese Hand ist und bleibt auch weiterhin zur Zusammenarbeit ausgestreckt.

Ich weiß, dass es insbesondere in den Reihen der Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen sehr vernünftige Menschen gibt, denen unsere schöne Heimatstadt am Herzen liegt. Meine Bitte an Sie:

Überlegen Sie, ob Fundamentalopposition wirklich das Beste für Espelkamp ist.

Kommen Sie in Zukunft mit Ihren Ideen auf die Christdemokratin oder den Christdemokraten zu, der oder dem Sie vertrauen. Überzeugen Sie uns mit Ihren Ideen. Ich verspreche Ihnen, dass jede meiner Kolleginnen und jeder meiner Kollegen Ihnen mindestens ein offenes Ohr schenken wird. Bitte stimmen Sie mit uns für diesen Haushalt.

Sie werden nun die Reden der anderen Fraktionsvorsitzenden hören.

Achten Sie einmal darauf, wer wirklich Verantwortung übernimmt und wer mit dem Finger auf andere zeigt und die Schuld bei anderen sucht, beim Kreis, beim Land, beim Bund oder vielleicht bei einer anderen Partei.

Für diesen Haushalt heißt es Verantwortung übernehmen, Verlässlichkeit zeigen und Zukunft gestalten. Die CDU ist dazu bereit.

Für unsere Heimat. Für Espelkamp.

Vielen Dank.



Haushaltsrede 2026 – SPD/UA-Fraktion Espelkamp

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir beraten heute den Haushaltsplanentwurf 2026 – in einer finanziell äußerst angespannten Lage.

Und deshalb sagen wir gleich zu Beginn klar und unmissverständlich:

Die SPD/UA-Fraktion wird diesem Haushalt nicht zustimmen.

Nicht aus Prinzip.

Nicht aus Oppositionsroutine.

Sondern aus Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt.

1. Die nackten Zahlen – ein strukturelles Problem

Der Haushaltsplan 2026 weist – wie schon in den Vorjahren – ein erhebliches strukturelles Defizit aus. Die laufenden Aufwendungen übersteigen dauerhaft die Erträge. Das ist kein Ausrutscher. Das ist kein einmaliger Sondereffekt. Das ist eine Fehlentwicklung mit Ansage.

Das Haushaltssicherungskonzept 2024–2034 bestätigt diese Schieflage schwarz auf weiß. Ohne massive Konsolidierungsmaßnahmen – insbesondere über höhere Einnahmen – ist der gesetzlich geforderte Haushaltsausgleich nicht erreichbar.

Und was heißt das konkret?

Es heißt:

Die Mehrheitsfraktion plant den Haushaltsausgleich im Wesentlichen über Steuererhöhungen.

2. Steuerpolitik ohne soziale Balance

Im Zentrum unserer Kritik stehen die Hebesätze für

- Grundsteuer A
- Grundsteuer B
- Gewerbesteuer

Das HSK sieht in den kommenden Jahren erhebliche und fortlaufende Anpassungen vor. Besonders dramatisch: Die Grundsteuer B ist im HSK für das Jahr 2033 mit **1.350 Prozentpunkten** einkalkuliert.

Man wird uns wieder sagen: Das sind doch nur Planzahlen.



Aber die Wahrheit ist:

Das HSK ist Ihr einziger Plan. Ihr einziges Instrument, um 2034 den vorgeschriebenen Haushaltsausgleich zu erreichen. Eine alternative, sozial gerechtere Strategie der CDU liegt nicht vor.

Und deshalb sage ich es noch einmal deutlich:

Mit Ihrer Steuerpolitik machen Sie Wohnen in Espelkamp perspektivisch unbezahlbar.

Was wir im vergangenen Jahr als konkrete Sorge formuliert haben, haben Sie inzwischen selbst bewiesen.

Sie haben die Grundsteuer B um 174 Prozentpunkte von 579 % auf 753 % erhöht. Sie sind 114 Punkte über den unstrittigen fiktiven Hebesatz von 639 Prozentpunkten hinausgegangen.

Ihre Steuerpolitik hat uns vor der Wahl 1,2 Millionen Euro gekostet – Einnahmen, auf die Sie bewusst verzichtet haben. Und genau diese 1,2 Millionen Euro fordern Sie nun nach der Wahl schmerzhaft von den Bürgerinnen und Bürgern zurück.

1,2 Millionen Euro – weil Sie den Menschen nicht zutrauen wollten, Hebesatz mal Messbetrag zu berechnen und den Effekt der Grundsteuerreform selbst nachzuvollziehen.

Wir bleiben bei unserer Aussage:

Das war ein vergiftetes Wahlgeschenk. Nichts anderes.

3. Unsere Alternative: sozial gerechter Ausgleich

Die Grundsteuerreform hat in Espelkamp zu erheblichen Verschiebungen geführt – mit einer deutlichen sozialen Schieflage. Belastet werden vor allem:

- Eigentümerinnen und Eigentümer
- Vermieterinnen und Vermieter – und damit mittelbar Mieterinnen und Mieter
- junge Familien im Eigenheim
- Seniorinnen und Senioren mit begrenztem Einkommen

Die Grundsteuer unterscheidet nicht zwischen hoher Leistungsfähigkeit und kleinem Budget. Sie ist nicht einkommensabhängig. Wie wir gerade in der Presse lesen konnten, ist gerade Espelkamp die einkommensschwächste Kommune im Kreis Minden-Lübbecke.

Und in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten, hoher Energiepreise und wirtschaftlicher Unsicherheit ist das hochproblematisch.

Grundstücke kann man nicht verlagern. Wohnraum kann man nicht ins Ausland verschieben.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dagegen trägt Verantwortung.



Die Gewerbesteuer ist – trotz aller Schwankungen – das Instrument, das der wirtschaftlichen Stärke am ehesten folgt. Unternehmen profitieren von Infrastruktur, Verwaltung, Schulen, Feuerwehr und der Lebensqualität für ihre Beschäftigten.

Deshalb ist es angemessen, dass gerade Unternehmen nach der Entlastung durch die Grundsteuerreform einen stärkeren Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

Wir hätten die Einnahmedifferenz zwischen fiktivem und beschlossenen Hebesatz über eine maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer ausgeglichen – und diesen Weg auch im HSK bis 2034 fortgeführt.

Das wäre kein Signal gegen die Wirtschaft gewesen.

Es wäre ein Signal der Partnerschaft gewesen.

Ein schwieriger Weg – aber der sozial gerechtere.

4. Ehrenamt unter Druck – falsche Prioritäten

Doch die Steuerpolitik ist nicht unser einziger Ablehnungsgrund.

Das HSK streckt Konsolidierungsmaßnahmen über ein ganzes Jahrzehnt – und der größte Teil der Ausgabenreduzierungen betrifft weiterhin freiwillige Leistungen.

Genau die Zuschüsse an Vereine und Organisationen, die Espelkamp lebenswert machen.

Wir riskieren eine Überbeanspruchung unseres Ehrenamtes.

Wir riskieren einen schleichenden Kollaps.

Die freiwilligen Leistungen machen nur einen kleinen Teil des Haushalts aus. Selbst ihre vollständige Streichung würde das strukturelle Problem nicht lösen.

Die strukturellen Probleme liegen nicht primär dort.

Sie liegen bei Standards und Ausführungsqualität der sogenannten Pflichtaufgaben. Dort braucht es Priorisierung, klare Definitionen, Effizienz.

Deshalb fordern wir seit Jahren Kennzahlen – um genau hier steuernd eingreifen zu können. Doch das wurde stets abgelehnt.

5. Beispiel Sportförderung – fehlgeleitete Entscheidungen

Wie verantwortungslos mit knappen Mitteln umgegangen wird, zeigt ein Beispiel:

Die CDU hat dem FC Preußen einen Zuschuss von knapp 10.000 Euro für die Erneuerung eines Kunstrasenplatzes gewährt.

Ein Platz in privatem Eigentum.

Nicht kostenlos für alle Vereine zugänglich.

Der Finanzstärkste Fußballverein der Stadt, mit den höchsten Sponsoringeinnahmen.



10.000 Euro, die dort kaum ins Gewicht fallen.

Und das ohne belegbaren Nachweis, dass sämtliche Fördermöglichkeiten von Bund und Land ausgeschöpft wurden.

Gleichzeitig steht ein existenziell auf städtische Unterstützung angewiesener Randsportverein – die Kraftsportler – infolge massiver Fehlplanungen beim Bau der neuen Sporthalle vor der Heimatlosigkeit.

Das ist Sportförderung ohne Weitblick.
Ohne Verantwortungsbewusstsein.

Diese 10.000 Euro wären dort deutlich sinnvoller eingesetzt gewesen.

6. Investitionen ohne Priorisierung

In den vergangenen Jahren wurden Investitionen beschlossen, ohne klare Priorisierung:

- Baubetriebshof
- Bürgerhaus
- Rathaus

Wir haben beantragt, sämtliche Gebäude zu bewerten und zu priorisieren. Bis heute liegen keine belastbaren Ergebnisse vor.

Stattdessen werden Projekte isoliert betrachtet. Keine Synergien. Keine Zusammenlegung. Keine klare Finanzierungsstrategie.

Rathaus als ÖPP?

Der Kern der Selbstverwaltung in privater Hand?

Das ist keine Lösung – das ist eine Schuldenverschiebung in die Zukunft.

Die Baukosten trägt die Stadt am Ende ohnehin. Nur oft teurer.

Nicht alle drei Projekte können gleichzeitig umgesetzt werden.

Für uns ist klar:

Der Baubetriebshof hat Priorität.

Rathaus und Bürgerhaus müssen gemeinsam bewertet und nachrangig entschieden werden – mit einem generationengerechten Finanzierungskonzept.

7. Unsere Haltung

Ein Haushalt ist mehr als ein Zahlenwerk.

Er ist Ausdruck politischer Haltung.

Wir stehen für:



Fraktion der SPD/UA

Gemeinsame Fraktion für Demokratie in Espelkamp



1. Klare Prioritätensetzung
2. Frühzeitige Strukturreformen
3. Soziale Balance
4. Eine solidarische Beteiligung der Wirtschaft am Gemeinwohl

Nicht jedes Projekt gleichzeitig.

Nicht pauschale Belastungen.

Nicht Verschiebung der Lasten in die Zukunft.

Fazit

Dieser Haushalt

- löst das strukturelle Problem nicht,
- setzt einseitig auf Steuererhöhungen,
- verschiebt Lasten auf kommende Generationen,
- belastet Bürgerinnen und Bürger überproportional.

Er ist kein nachhaltiger Konsolidierungshaushalt.

Er ist ein Belastungshaushalt.

Und deshalb lehnen wir ihn ab.

Schlusswort

Espelkamp braucht eine Finanzpolitik

mit Mut zur Priorität,

mit sozialem Augenmaß,

mit generationengerechter Verantwortung.

Wir stehen für Gespräche bereit.

Aber wir stehen nicht bereit für eine Politik, die Bürgerinnen und Bürger dauerhaft über steigende Hebesätze zur Kasse bittet.

Vielen Dank.



Haushaltsrede der AfD-Stadtratsfraktion 2026 am 25.02.2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsplan 2026 macht eines unmissverständlich deutlich:
Espelkamp befindet sich in einer prekären finanziellen Lage.
Ein Defizit von ~~über~~ **über 14 Millionen Euro** ist ein Alarmsignal, das uns zum
sofortigen Umdenken zwingen muss.

Bevor wir von der AfD unsere Sichtweise aufzeigen, gilt unser
ausdrücklicher Dank der Stadtverwaltung und dem Team der Kämmerei.
Dieses komplexe Zahlenwerk unter dem Druck der Haushaltssicherung
aufzustellen, war sicher ein Kraftakt.
Für Ihre akribische Vorarbeit und die transparente Aufbereitung dieses
Fundaments bedanken wir uns herzlich.

Dennoch müssen wir ehrlich sein:
Die Belastungsgrenze unserer Bürger und Betriebe ist nicht nur erreicht –
sie ist überschritten.

Seit dem ersten Januar greift das volle Ausmaß der Steuererhöhungen.
Die **Grundsteuer A**, die **Grundsteuer B** und auch die **Gewerbesteuer**
wurden spürbar angehoben.

Doch das alles ist **nicht einmal die Spitze des Eisbergs.**

Wir müssen das Gesamtbild sehen:

Die Menschen in Espelkamp kämpfen an allen Fronten mit massiv
steigenden Kosten für Strom, Gas, Abfall und Wasser. In einer solchen
Phase darf die Stadt ihre Einwohner nicht als bloße Finanzreserve
missbrauchen!

Wenn Fixkosten das Einkommen auffressen, riskieren wir den sozialen
Zusammenhalt in unserer Stadt.



Was uns von der AfD dabei besonders besorgt, ist die **Prioritätensetzung** in diesem Hause.

Wir erleben Debatten über Kleinigkeiten wie die angesetzte **Einkaufswagen-Regelung**, die künstlich zu riesigen Problemen aufgeblasen werden, während zukunftsweisende Projekte – wie das geplante **Hochregallager** zum Beispiel – durch bürokratische Hürden und politische Vorbehalte blockiert werden.

Wir können es uns nicht länger leisten, das Kleinteilige zu dramatisieren und das Zukunftsweisende zu blockieren! Wir brauchen Investitionen, die echte Einnahmen generieren.

Ein zentraler Punkt ist das Rathausprojekt.

Wir müssen der Realität ins Auge blicken:

Dieser Neubau ist für die Aufrechterhaltung unserer Verwaltung unumgänglich. Da sich bereits eine klare Mehrheit abgezeichnet hat, ist das Projekt faktisch beschlossen und von unserer Fraktion in dem geplanten Ausmaß nicht mehr zu verhindern.

Gerade deshalb stehen wir jetzt in der Pflicht, dieses Vorhaben auf jede unnötige Ausgabe zu prüfen!

Das Gebäude muss ein funktionales, schlankes Werkzeug der Verwaltung sein – ein „**Silber-Standard**“ ohne jeden Luxus.

Ein teurer Neubau darf nicht zum Denkmal werden, denn jede eingesparte Million sichert den sozialen Zusammenhalt.

Wir setzen hier eine klare **rote Linie**:

Während die Menschen in Espelkamp immer stärker zur Kasse gebeten werden, dürfen Sparmaßnahmen nicht diejenigen treffen, die unsere Stadt tragen. **Die Zukunft des Schüler Tickets, die Ausstattung unserer Schulen und die Existenz unserer Vereine stehen für uns fest – sie sind unantastbar.**

Ein teurer Neubau darf niemals dazu führen, dass bei unseren Kindern oder dem gesellschaftlichen Miteinander der Rotstift angesetzt wird.

Bezüglich der Kreisumlage **fordern wir die Verwaltung daher ausdrücklich auf, die Verletzung des Rücksichtnahmegebotes nach § 9 Satz 2 KrO NRW durch den Kreis Minden-Lübbecke** (wenn nötig auch juristisch) zu prüfen.

Gemäß der Rechtsprechung des **Bundesverwaltungsgerichts** (BVerwG 8 C 1.12) darf der Kreis die Umlage nicht rücksichtslos erhöhen, wenn er damit die Handlungsfähigkeit einer Gemeinde in der Haushaltssicherung zerstört.



Die Verwaltung muss klären, ob wir die Festsetzung der Kreisumlage anfechten können.

Angesichts der Tatsache, dass wir uns bereits in der **Haushaltssicherung** befinden, steht die Stadt finanziell mit dem Rücken zur Wand. In dieser prekären Lage ist es unumgänglich, dass wir uns bezüglich der Finanzierung den Großvorhaben mit **Kreis und Land an einen Tisch setzen müssen**, denn die Finanzierbarkeit des **Klinikneubaus** ist unter den aktuellen Bedingungen kaum darstellbar.

Vor diesem Hintergrund ist es ein handfester **Skandal**, dass Synergien mit dem **Adient-Gelände** schlichtweg „**verpennt**“ werden.

Während das dortige Recyclingmaterial bereits für teures Geld auf Schadstoffe geprüft und aufbereitet werden muss, lässt man die Chance ungenutzt, dieses Material direkt für den Klinikbau zu verwenden. Man zahlt also doppelt: einmal für die teure Aufbereitung vor Ort und einmal für den Zukauf von Material für die Klinik.

Eine projektübergreifende Zusammenlegung bietet enorme positive Möglichkeiten:

Durch die direkte Wiederverwendung des geprüften Materials entstünde ein geschlossener, hochwirtschaftlicher Kreislauf. **Kurze Wege** minimieren die Logistikkosten und die Umweltbelastung massiv. Zudem würde eine verzahnte Standortentwicklung das Adient-Gelände zum idealen Ankerpunkt für **mitarbeiterfreundliches Wohnen** machen. Dies wäre der entscheidende Hebel für den sofortigen **Zuzug von Fachkräften**, die wir für den Betrieb des neuen Klinikums so dringend benötigen. Wer solche Potenziale ignoriert, während die Stadt unter dem Diktat der Haushaltssicherung steht, handelt gegen jedes Gebot der Wirtschaftlichkeit.

Wir fordern daher eine **klare rechtliche Stellungnahme**, um den Druck auf die Entscheidungsträger bei Kreis und Land massiv zu erhöhen und diese zukunftsweisende, projektübergreifende Planung anzustoßen.

Auch die steigenden Sozillasten durch eine verfehlte Migrationspolitik schlagen direkt auf unsere kommunale Kasse durch. Integration kann nur gelingen, wenn wir das Prinzip „Fördern und Fordern“ endlich wieder ernst nehmen.



Zusammenfassend halten wir fest:

Da die Projektbündelung (scheinbar) nicht realisierbar ist und der entscheidende Aspekt der Wirtschaftlichkeit dabei auf der Strecke bleibt, ist dieser Haushaltsplan für uns nicht tragbar. In Verbindung mit unserem dringenden Appell an den Kreis zur Entlastung der Kommunen sagen wir klar:

Diesem Haushaltsplan können wir nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Espelkamp, den 25.02.2026

Fraktionsvorsitzender
AfD-Stadtratsfraktion Espelkamp

Espelkamp, 25.02.2026

Haushaltsrede 2026 B90/GRÜNE – Florian Craig

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Bürgermeister Dr. Vieker, Herr Horstmeier, liebe Pressevertreterinnen und -vertreter.

Schauen wir zunächst kurz auf die vergangenen zwei Jahre — was haben wir tatsächlich erreicht?

Jahresergebnis 2024: Ein Überschuss von rund 7,7 Millionen Euro. Deutlich besser als geplant, getragen vor allem durch höhere Zuwendungen und Sondererträge. Investitionskredite wurden weiter abgebaut, auf rund 3,2 Millionen Euro. Kassenkredite zur Liquiditätssicherung — unterjährig bis zu 12,3 Millionen Euro aufgenommen — wurden bis Jahresende vollständig zurückgezahlt. Das ist gut.

Jahresergebnis 2025: schließt mit einem positiven Ergebnis von rund 1,9 Millionen Euro ab — ebenfalls besser als der ursprüngliche Plan. Auch das ist gut.

Man könnte meinen, wir sind über dem Berg. Sind wir aber nicht.

Denn 2026 sieht die Welt schon wieder anders aus. Die Schlüsselzuweisungen brechen massiv ein — von rund 10,6 Millionen Euro in 2025 auf gerade noch 4,1 Millionen Euro in 2026. Das sind über sechs Millionen Euro weniger. Einfach weg. Nicht weil Espelkamp schlechter geworden ist, sondern weil die Berechnungsgrundlagen im Gemeindefinanzierungsgesetz uns diesmal treffen.

Das geplante Jahresergebnis für 2026 spricht eine klare Sprache: minus 14 Millionen Euro. Und das ist kein Ausreißer — für 2027 sind es minus 10,3 Millionen, für 2028 minus 11,2 Millionen, für 2029 minus 12,5 Millionen. Das Eigenkapital der Stadt schrumpft in diesem Zeitraum um insgesamt rund 41,5 Millionen Euro. Das sind keine abstrakten Zahlen. Das ist die Substanz unserer Stadt, die wir aufzehren.

Und dabei reden wir noch gar nicht über das, was noch kommt. Was in diesem Haushalt schlicht noch nicht abgebildet ist — weil es in den Planungen steckt, aber uns in den nächsten Jahren sehr viel Geld kosten wird.

Das Bürgerhaus, erste Schätzung 16 Millionen Euro. Der Bauhof, erste Schätzung 12 Millionen Euro. Das Rathaus, deutlich über 25 Millionen Invest. Weitere Liegenschaften. Alles in die Jahre gekommen, alles mit erheblichem Investitionsbedarf. Das sind keine Kleinigkeiten, das sind millionenschwere Vorhaben, die irgendwann auf uns zukommen — und die im aktuellen Zahlenwerk noch nicht auftauchen. Die Rechnung kommt, sie liegt nur noch nicht auf dem Tisch!

Und damit wir alle auf dem Boden der Tatsachen bleiben: In den Toiletten mancher Grundschulen in Espelkamp gibt es kein warmes Wasser. Das ist kein Gerücht, das ist Realität. Kein warmes Wasser für das Händewaschen in Grundschulen. Das ist der Zustand, den wir verwalten. Auch hier müssen wir ran, auch das kostet Geld. Und auch das fehlt in den Zahlen, die wir heute beschließen.

Ich sage das nicht, um die Verwaltung zu kritisieren — im Gegenteil. Einem besonderen Dank möchte ich ihr aussprechen für die wie immer sorgfältige Aufbereitung eines sehr komplexen Zahlenwerks. Ohne diese Vorarbeit ist fundierte Kommunalpolitik schlicht nicht möglich. Aber die Politik muss sich bewusst sein, was hinter den Zahlen steckt. Und was eben noch nicht drin steht.

Denn das HSK ist keine abstrakte Tabelle. Das sind echte Einschnitte, die echte Menschen in Espelkamp spüren. Lassen Sie mich das kurz konkret machen.

OGS-Gebühren steigen jährlich um 3 Prozent — Das diskutieren wir dann ja nochmal im Schulausschuss

Dann ist da noch der Plan, durch mehr Bußgelder im Verkehr 9.000 Euro pro Jahr einzunehmen. Das klingt erstmal vernünftig. Aber wenn wir schon über Einnahmen aus dem ruhenden Verkehr nachdenken — warum dann nicht gleich eine Parkraumbewirtschaftung? Das wäre planbar, transparent und ehrlicher als das Hoffen auf mehr Bußgelder.

Und der ÖPNV: Im HSK steht "Optimierung der ÖPNV-Verbindungen" — 100.000 Euro Einsparung pro Jahr. Klingt effizient. Ist es aber nicht. Optimierung ist in diesem Zusammenhang ein nettes Wort für: Angebot reduzieren. Wer weniger Bus fährt, spart Geld. Wer weniger Bus fährt, verliert auch Fahrgäste. Wir wollen eigentlich mehr Menschen in den ÖPNV bringen — und sparen gleichzeitig das Angebot weg. Das passt nicht zusammen.

Und dann die Personalmaßnahmen: Die Verwaltung soll bis 2034 durch natürliche Fluktuation und Prozessoptimierung rund 10 Prozent der Personalkosten einsparen — das sind am Ende über 1,6 Millionen Euro jährlich. Das ist ambitioniert. Sehr ambitioniert. Denn gleichzeitig wachsen die Anforderungen an die Verwaltung: mehr Digitalisierung, mehr Regulierung, mehr Aufgaben vom Land. Weniger Personal bei mehr Aufgaben — das ist kein Konzept, das ist Hoffnung.

Das ist die Realität dieses Haushaltssicherungskonzepts. Punkt für Punkt wird Espelkamp ein bisschen weniger. Ein bisschen weniger lebenswert für Jugendliche, ein bisschen teurer für Familien, ein bisschen kahler für Senioren, ein bisschen teurer für Vereine. Jede einzelne Maßnahme klingt für sich vielleicht noch vertretbar. Aber zusammen zeichnen sie ein Bild — und das Bild gefällt uns nicht.

Deswegen ist unser OGS-Antrag kein Luxus. Er ist ein Signal: Wir wollen nicht, dass Espelkamp seinen Familien und Kindern gegenüber immer weiter zurückweicht. Es muss eine Grenze geben.

Wir haben beantragt, die Elternbeiträge für den Offenen Ganzttag ab dem Schuljahr 2027/28 vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren und die jährliche 3-prozentige Gebührenerhöhung aus dem HSK ersatzlos zu streichen. Ich freue mich, sagen zu können: Wir haben uns darauf geeinigt, diesen Antrag in den Schulausschuss zu verweisen. Das sehen wir als echten Fortschritt. Das ist der richtige Ort, um das Thema ernsthaft zu beraten — mit denen, die täglich mit Schule, Betreuung und Familien zu tun haben. Wir werden diese Debatte aktiv mitgestalten.

Warum uns das so wichtig ist? Weil es sich rechnet. Und weil es das Richtige ist.

Familien in Espelkamp werden entlastet — durchschnittlich rund 571.000 Euro pro Jahr an Beiträgen, die nicht mehr gezahlt werden müssen. Dieses Geld bleibt hier. Es fließt in lokale Geschäfte, in Vereinsbeiträge, in Gastronomie, in Freizeitangebote vor Ort. Lokale Kaufkraft stärkt lokale Wirtschaft. Gleichzeitig wird Bildungsgerechtigkeit gefördert — die OGS steht dann allen Kindern offen, nicht nur denen, deren Eltern keine bürokratischen Hürden scheuen oder deren Befreiungsantrag gerade irgendwo in der Bearbeitung liegt. Einkommensprüfungen, Staffelnberechnungen, Mahnwesen, Widerspruchsverfahren — das kostet die Verwaltung einiges an Aufwand. Das entfällt komplett. Schlanker, gerechter, besser.

Sparen des Sparens willens ist keine Strategie. Es macht unsere Stadt nach und nach weniger lebenswert und das möchten wir nicht. Eine Kommune ist der direkte Kontakt zum Staat, wir müssen gerade in schweren Zeiten die Kommunalpolitik stärken.

Daher haben wir auch einen entsprechenden Finanzierungsvorschlag gemacht, der zumindest einen Teil der kommenden Projekte berücksichtigt und ermöglicht. Aus unserer Sicht ist kommunale Infrastruktur kein Luxusgut, sondern das wo der Bürger den Staat direkt erlebt... oder ihn bröseln sieht.

Wir wollen eine Stadt, die in ihre Kinder investiert, die Familien hält und anzieht, die Bildung als Gemeingut versteht. Eine Stadt, in der Kinder in der Schule warmes Wasser haben. Eine Stadt, die ihre Infrastruktur nicht auf die lange Bank schiebt bis sie zusammenbricht, sondern die ehrlich plant und vorausschaut.

Wir werden dem Haushalt 2026 nicht zustimmen. Nicht weil wir keine Verantwortung übernehmen wollen — das tun wir, jeden Tag. Sondern weil ein Haushalt, der die kommenden Investitionsbedarfe konsequent ausblendet, der Leistungen kürzt und Gebühren erhöht, der Familien weiter belastet statt zu entlasten, nicht unsere Zustimmung verdient. Die Verweisung unseres OGS-Antrags in den Schulausschuss ist ein gutes Zeichen — und wir werden dort konstruktiv mitarbeiten. Aber das reicht uns heute nicht.

Lassen Sie mich noch zu einem Thema kommen, das mir als GRÜNEM besonders am Herzen liegt — und das in diesem Haushalt leider auch nicht die Aufmerksamkeit bekommt, die es verdient: Klimaschutz und Klimaanpassung.

Espelkamp hat ein integriertes Klimaschutzkonzept. Es gibt eine geförderte Personalstelle, die die Umsetzung begleitet. Es wird eine Treibhausgasbilanz erstellt. Das ist gut. Das ist ein Anfang. Aber es ist auch nicht viel mehr als das.

Denn schaut man sich an, was der Klimawandel konkret bedeutet — nicht abstrakt, nicht irgendwo auf der Welt, sondern hier, bei uns — dann wird klar, wie viel noch zu tun ist. Der Eichenprozessionsspinner kostet die Stadt bereits jetzt 100.000 Euro pro Jahr. Tendenz steigend. Das ist kein Zufall, das ist eine direkte Folge

steigender Temperaturen. Wir investieren in ein Sprühgerät zur Prävention — gut. Aber das ist Symptombekämpfung. Wir müssen die Ursachen angehen.

Und die Ursachen angehen bedeutet für Espelkamp konkret: Wärmewende, Energieerzeugung, Mobilität. Die Stadtwerke sind dabei unser wichtigstes Werkzeug. Sie können das Fernwärmenetz ausbauen, Photovoltaik ermöglichen, Prozesswärme einbinden. Das Potenzial ist da — Espelkamp könnte einen Großteil seines eigenen Energiebedarfs selbst decken. Das spart langfristig Geld, schützt das Klima und macht uns unabhängiger von externen Preisschocks. Dafür brauchen die Stadtwerke aber auch Kapital und Spielraum. Den dürfen wir ihnen nicht wegnehmen.

Und dann ist da noch Windkraft. Das Land NRW plant, Kommunen an Windkraftanlagen zu beteiligen — eine pflichtige Abgabe der Betreiber an die Standortkommune. Das HSK plant damit ab 2027 mit immerhin 120.000 Euro pro Jahr, steigend auf 180.000 Euro bis 2034. Das ist richtig und wichtig. Aber es reicht nicht als Strategie. Wir sollten nicht nur kassieren, wir sollten aktiv gestalten. Bürgerwindparks, eigene Beteiligungen — das sind Chancen, die wir ernsthaft diskutieren müssen.

Was mich aber wirklich umtreibt, ist die Klimaanpassung. Darüber reden wir noch viel zu wenig. Die Hitze der vergangenen Sommer war kein Ausnahmefall mehr — sie ist die neue Normalität. Wir werden Flächen beschatten müssen. Wir werden Gewässer renaturieren müssen — Maßnahmen dazu laufen bereits, gut. Wir werden vulnerablen Menschen Schutz vor Hitze bieten müssen. Wir werden unsere Grünflächen nicht als Sparposten behandeln dürfen, sondern als Infrastruktur. Bäume sind Klimaanlage, Wasserspeicher und Lebensraum in einem. Die Förderung privater Baumpflege zu streichen spart 5.000 Euro im Jahr — und sendet das falsche Signal.

Lassen Sie uns doch dann gemeinsam die Idee des Bürgerwald wiederbeleben, vielleicht direkt an der Gabelhorst? Da gibt es schon einen Wald, der dringend Schutz bedarf und für das lokale Klima wichtig ist!

Klimaschutz kostet. Klimafolgen kosten mehr. Das ist keine grüne Ideologie, das ist Haushaltspolitik.

Danke.

Mit freundlichen Grüßen

Bündnis 90/Die Grünen Espelkamp


Florian Craig
Fraktionsvorsitzender

Rede zum Haushaltsplan 2026

Dietrich Janzen, Bündnis C – Christen für Deutschland, 25.02.2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
werte Kollegen Ratsfrauen und Ratsherren,
sehr geehrte Fachkräfte der Stadt,
geschätzte Vertreter der Presse,
liebe Mitbürger als Zuschauer dieser durchaus wichtigen Ratssitzung!

Es geht heute um die Verabschiedung des Haushaltsentwurfs der Stadtverwaltung für das Jahr 2026. Es ist kein Geheimnis, dass unsere Stadt in einer prekären finanziellen Lage ist. Uns fehlen dieses Jahr rund **22 Millionen Euro**, um alle Vorhaben dieses Haushaltsentwurfs bedienen zu können. Und insgesamt fehlen der Stadt Espelkamp in den **nächsten 4 Jahren** rund **50 Millionen Euro**. **Bündnis C wird lehnt diesen Haushaltsentwurf ab.**

Ein gescheiter Wirtschaftswissenschaftler sagte einst: „Nationalökonomie ist wenn die Leute sich wundern, dass sie **kein Geld haben**. Das hat mehrere Gründe – die feinsten sind die wissenschaftlichen.“

Unsere Stadt hat zu wenig Geld. Es ist schlichtweg kein Geld da, um die überambitionierten Vorhaben der CDU-Mehrheitsfraktion unseres ^{Ratshauses} ~~Stadtrates~~ umsetzen zu können.

„Manche Politiker **versprechen den Bürgern im Wahlkampf Berge**, liefern dann aber nach der Wahl nur Maulwurfshügel, oder gar noch weniger. Manchmal sind das nur tierische Exkremete.“

Herr Bürgermeister, Sie und Ihre Partei haben den Espelkamper Bürgern im Wahlkampf letztes Jahr **Stabilität versprochen**. Welche Stabilität haben Sie gemeint? **Stabile andauernde finanzielle Misere? Stabil leere Kassen?**

Ist die Stadt unverschuldet in die finanzielle Misere geraten? Die Bürger trifft keine Schuld. Sie konnten nichts dafür. **Dafür aber die Politiker und die Partei, die seit 26 Jahren im (blinden) Vertrauen der Bürger unsere Vergangenheit und Gegenwart durch ihre unzulängliche Finanz- und Wirtschaftspolitik maßgebend prägt und gestaltet.**

Herr Bürgermeister, Sie sind seit mehr als 5 Jahren im Amt. Als Neuling kann man Sie nicht mehr bezeichnen. Sie hatten mit ihrer Fraktion **das politische Sagen** und **den Gestaltungsspielraum**, um die Finanzen unserer Stadt auf guter betriebswirtschaftlicher Basis zu gestalten, **die Ausgaben mit den Einnahmen ins Lot bringen**, den Bürgern Espelkamps einen grundsoliden Haushalt präsentieren zu können. **Das tun sie mit diesem Haushaltsentwurf nicht!** Wie sagt doch der Volksmund: „**Es ist schwer für einen leeren Sack aufrecht zu stehen.**“

Ist es eine einmalige finanzielle Turbulenz, in die unsere Stadt durch das finanzielle Missmanagement der CDU hineingeraten ist? Nein, bei weitem nicht! Das ist das kein Einzelfall. Schon **2007** musste die Stadt ein **Haushaltssicherungskonzept (HSK)** aufstellen. Auch in den **Jahren 2013 bis 2016** wurde die Ausgleichsrücklage **von 9 Millionen Euro** verbrannt (verbraucht). **2023** wurde die Ausgleichsrücklage unserer Stadt von über 21 Millionen Euro vernichtet.

Dank dem finanzpolitischen Dilettantismus der CDU in Espelkamp stehen die Bürger Espelkamps nach 26 Jahren Alleinherrschaft der CDU erneut vor einem leeren Trog.

Von 2024 bis 2034 läuft das 10-jährige gegenwärtige Haushaltssicherungskonzept. Unsere Stadt hat die finanzielle Eigenständigkeit verloren. Unsere Haushalte müssen von übergeordneten Behörden geprüft und genehmigt werden. **Wir werden in dieser Hinsicht fremdbestimmt.**

Im laufenden Haushaltsjahr 2026 fehlen uns, wie gesagt, rund 22 Millionen €. Das ist ein Drittel des Jahresbudgets! Dieser Betrag muss auf dem Kreditmarkt zu recht hohen Zinsen geliehen werden.

Wodurch kam unsere Stadt als **einzige im Kreis** in diese Bredouille der unzulänglichen Finanzen?

War es ihr finanzpolitischer Dilettantismus? Ihre finanzwirtschaftliche Inkompetenz?

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, die finanzielle Misere der Stadt ist, Herr Bürgermeister, CDU-Ratsherren und Ratsfrauen auf **ihre finanzpolitische Impotenz** zurückzuführen, **ihren Unwillen es besser zu machen.**

Der Pleitegeier kreist um unsere Stadt. Und sie kriegen ihre Hausaufgaben nicht gebacken.

Herr Bürgermeister, Ratsfrauen und Ratsherren der CDU-Mehrheitsfraktion, **hören Sie auf mit der finanzpolitischen Selbstbefriedigung**, mit der sträflichen Vernachlässigung der Prinzipien einer ordentlichen verantwortungsvollen christlichen Finanzpolitik! Gehen sie realistische Ziele an.

Beenden sie die lange Phase ihrer finanzpolitischen Impotenz! Wenn ihnen das Wissen fehlt, so holen sie sich das. Die Verwaltung unserer Stadt hat hochkarätige Fachkräfte, die ihr Handwerk sehr gut verstehen. Ich nenne nur ein Paar von uns allen geschätzten Spitzenmitarbeitern der Stadtverwaltung: da ist unser **Kämmerer Herr Horstmeier** als absoluter Kenner der Materie, da ist der sehr gute Finanzexperte und **Leiter der zentralen Finanzabteilung Herr Varenkamp**. Und auch **Herr Tegeler** ist am richtigen Platz und beherrscht sein Fachgebiet auf vorbildliche Art und Weise.

Sie, Herr Bürgermeister und die Politiker der CDU-Mehrheitsfraktion, sollten sich **in erster Linie um die ihre „Frau“ (in Anführungszeichen), um die Stadt kümmern.** Stellen sie die Anliegen der Bürger in den Vordergrund.

Sehr geehrte Ratsfrauen und Ratsherren der **anderen im Stadtrat vertretenen Parteien!**

Nach über 5-jähriger Mitgliedschaft in diesem Gremium kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass ihr größtenteils im Kielwasser der CDU-Mehrheitsfraktion des Stadtrates schwimmt. **Ihr lasst euch von der CDU instrumentalisieren und nicht bei Abstimmungen vieles ab, wo man entschieden „nein, so geht das nicht“, sagen müsste!**

Echte Opposition sieht man kaum. **Wem die Erhaltung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt ein Anliegen ist, der müsste anders agieren, entschiedener, konsequenter, nachhaltiger.** Daher werte Kollegen der SPD, AfD, Grünen, FDP und Unabhängigen überdenkt euer Agieren im Stadtrat und in den Ausschüssen, eure Funktion und Ziele in diesen Gremien.

Das Kind ist bereits ins Wasser gefallen. Nun muss die Rettungsaktion stattfinden. Passives Zuschauen hilft nicht, offenbart nur fehlende Konzepte und Alternativen.

Kollege **Jens Bölk** hat in der der Hauptausschusssitzung letzte Woche berechtigt nach Bündnis-C-Maßnahmen und Vorschlägen für das Haushaltssicherungskonzept der Stadt angefragt. Hier die Antwort.

Das sind gezwungenermaßen unpopuläre Maßnahmen, denn bei der Haushaltssanierung muss nun der Rotstift angesetzt werden. Und das tut weh, das wird dem einen oder anderen nicht passen.

Es sind aber notwendige Maßnahmen, die zeitlich begrenzt angedacht sind. Sie sind jedoch unerlässlich, wenn die Stadt in absehbarer Zeit finanzwirtschaftlich genesen will.

Bündnis-C-Maßnahmenvorschläge für die Gesundung der städtischen Finanzen:

- 1) Wir müssen zunächst **auf den Neubau des Rathauses verzichten**, bis 2034 die Haushaltssicherungsmaßnahmen abgeschlossen sind.
- 2) Wir müssen auch zunächst **auf den Neubau der Gymnasium-Sporthalle verzichten**, bis 2034 die Haushaltssicherungsmaßnahmen abgeschlossen sind. **Die Gymnasiasten könnten in der Zwischenzeit die dann bereits fertiggestellte neue Stadtsporthalle benutzen.** (Hier werden wir noch über die Fertigstellungskosten staunen können. Zunächst sollte die Sporthalle ja 6 Mio € kosten, dann 8, dann 12, zuletzt hieß es 16 Millionen Euro. Wir werden die Stadtsporthalle wohl nicht für unter 20 Millionen Euro fertiggestellt bekommen.)

- 3) Die Sportvereine müssten auf 50% ihrer gewohnten Subventionen aus dem städtischen Säckel verzichten, ebenfalls befristet bis 2034 die Haushaltssicherungsmaßnahmen abgeschlossen sind.
- 4) Der Zuschüsse für den Bereich Kultur müssten ebenfalls zeitweilig um 50% gekürzt werden. In der Zeit der leeren Kassen müssen die Bürger gezwungenermaßen in den Bereichen Freizeit, Kultur, Sport mehr Verantwortung und Eigenleistung übernehmen, genauso das die Bürger **bereits im Bereich Religion tun.**
- 5) **Auch die städtischen Angestellten und Beamten müssten in dieser Zeit der Sanierung des städtischen Haushalts auf Lohnerhöhungen verzichten.** Eine **0-Runde bei den Tarifen** würde entscheidend helfen unsere finanziellen Defizite abzubauen. **Da müsste der Bürgermeister mit gutem Beispiel vorangehen.** Ich erinnere daran, dass **in den letzten 5 Jahren die Löhne und Gehälter der Stadtbeschäftigten von ca. 10 Millionen auf über 15 Millionen angewachsen** sind. Das ist ein enormer Zuwachs. In der privaten Wirtschaft sind die Löhne keinesfalls so rapide gestiegen. Das sind keine Peanuts. Unsere leistungswilligen und vernunftbegabten Freunde aus Südkorea und Japan machen es vor: Wenn eine südkoreanische oder japanische Fluggesellschaft in finanzielle oder wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät, so kürzen sich der **Präsident und CEO** (President and Chief Executive Officer) als erste die **EIGENEN GEHÄLTER** um das Überleben der Gesellschaft zu ermöglichen.
- 6) Wir als Ratsfrauen und Ratsherren könnten mit den sachkundigen Bürgern auf 50% unserer Aufwandsentschädigung verzichten, und damit ebenfalls angebrachte Zeichen setzen und eine spürbare Entlastung für den städtischen Säckel.

Ich komme zum Schluss:

Bündnis C – Christen für Deutschland lassen die Kirche und den Glauben nicht im Dorf. Der Glaube an Gott, an die Richtigkeit und Nützlichkeit der Befolgung der Gebote Gottes im privaten und gesellschaftlichen Rahmen sind uns überaus wichtig. **Wir erinnern an die christlichen Wurzeln und Werte des Abendlandes!**

Aus einer intakten Beziehung zu Gott wollen wir intakte Beziehungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fördern, so in der Wirtschaft, Politik, bei den Finanzen, auch in den Bereichen Familie, Kultur, Sport, Soziales und andere mehr.

Sie, Herr Bürgermeister und alle Anwesenden haben nun einige Kritikpunkte am Haushaltsentwurf 2026 gehört. Was werden sie tun? **Sind sie bereit ihre Position und ihr Handeln zu überdenken, zu korrigieren, den Haushaltsentwurf zu redigieren?** Ein Sprichwort sagt: „**Ein Spiegel nützt dem Blinden nicht.**“

In den USA haben in der Vergangenheit einige kleinere ländliche Gemeinden **einen Hund zum Bürgermeister gewählt**. Damit wollen sie ein Gehalt einsparen. Die eingespielte Verwaltung funktioniert auch ohne den Bürgermeister.

Ich erwähne dies nicht zur Nachmachung bei uns in Espelkamp. Unser Bürgermeister hat umfangreiche Aufgaben und ist sein Geld wert. **Doch Sie, Herr Bürgermeister, sind in der Pflicht das Beste der Stadt zu realisieren, Mängel und Defizite abzustellen, die Finanzen der Stadt so zu reorganisieren, dass wir möglichst bald einen ausgeglichenen Haushalt bekommen und damit allen Bürgern in naher Zukunft vollumfänglich gedient werden kann.**

An Gottes Segen ist alles gelegen! Seit über 50 Jahren bilden die Spätaussiedler und ihre Nachkommen in 2-ter und 3-ten Generation auch in Espelkamp ein auffallendes Beispiel dafür, wie der Glaube und effektives Wirtschaften Hand in Hand gehen. Die Hausherren in den Spätaussiedlerfamilien gehören meistens nicht zu den Besserverdienern. Hochbezahlte Arbeitsplätze haben in der Bundesrepublik andere Leute inne. Aber die frommen deutschstämmigen Spätaussiedler sind seit Jahrhunderten in allen Ländern, wohin sie das Leben verschlagen hat (Russland, Rumänien, USA, Kanada, Mexiko, Argentinien, Bolivien, Paraguay, Uruguay und anderorts) **ein Beispiel und ein gewisses Vorbild für ökonomischen Rationalismus und Effektivität**. Durch die Aufnahme protestantischer Hugenotten (in der Mehrzahl waren das tüchtige Handwerker) ist vor 300 Jahren Preußen eine Großmacht geworden. Einige von euch können sich an den letzten DDR-Ministerpräsidenten **Lothar de Maiziere** erinnern, ein Nachfahre der französischen protestantischen Hugenotten.

Zum entschiedenen Christsein gehört eine geordnete Familie, ein geordnetes Sexualleben und ein geordnetes finanzielles und wirtschaftliches Gebaren.

Ich erinnere insbesondere Sie, meine Kollegen aus der nominell christlichen Partei CDU, an diesen Sachverhalt und bitte sie ihre finanzwirtschaftliche Politik nach christlichen Grundsätzen zu gestalten. Mit Steuererhöhungen (Grundsteuern um ca. 300 Prozent in wenigen Jahren) lässt sich das Finanzproblem Espelkamps nicht beheben. **Ausgabendisziplin und kontinuierliches sparsames Haushalten sind dringend gefordert!**

Zum Schluss lassen wir den Volksmund nochmals zu Wort kommen:

„Man kann sein Haus lieben ohne auf dem Giebel zu reiten.“
Mögen die leeren Geldsäcke der Stadt wieder voll werden und aufrecht stehen!

Vielen Dank allen für die Aufmerksamkeit. **Gott segne unser Espelkamp!**

Rede zum Haushalt 2026
Im Rat der Stadt Espelkamp
25. Februar 2026, 16 Uhr
Daniela Beckermann-Beihl, FDP

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Gäste und Vertreter der Medien,

wenn wir heute über den Haushalt reden, dann spreche wir nicht nur über nackte Zahlen, wir reden auch drüber, wie wir unser gutes Zusammenleben in Espelkamp sichern – trotz Haushaltssicherung, trotz darbender Wirtschaft und trotz teilweise falscher Entscheidungen auf anderen politischen Ebenen, die wir hier vor Ort oft ausbaden müssen.

Und eins ist in den vergangenen Wochen auch klar geworden: die Stadt Espelkamp steht mit ihrem Defizit von 14 Millionen Euro nicht allein dar. Auch unsere Nachbarkommunen im Kreis haben in den kommenden Jahren mit erheblichen Defiziten zu kämpfen. Es scheint also auch grundsätzlich etwas nicht zu passen.

Schaut man sich die Darstellung des Kämmers bzgl. Der pflichtigen und freiwilligen Aufgaben an, bestätigt sich die Annahme, dass etwas nicht zu passen scheint. Der Anteil der freiwilligen Ausgaben am gesamten Haushalt beträgt 11%. Der Anteil pflichtiger Ausgaben am gesamten Haushalt beträgt 89%. Das bedeutet, wenn wir alle freiwilligen Ausgaben streichen würden, dann könnten wir nicht das gesamte Defizit ausgleichen. Es entsteht immer mehr der Eindruck, Land und Bund lassen die Kommunen mit ihrer Vielzahl an Aufgaben und Ausgaben im Regen stehen. Und ist Geld vorhanden, müssen die Kommunen sich erst durch bürokratische Förderprogramme mit wohlklingendem Namen kämpfen. Das muss in den kommenden Jahren dringend geändert werden, andernfalls sehen wir Liberale schwarz für unsere Kommunen.

Wir Freie Demokraten haben uns in den vergangenen Jahren immer wieder dafür ausgesprochen, die Ausgaben stärker in den Blick zu nehmen und zu hinterfragen. Wir haben uns dafür ausgesprochen, städtische Immobilien stärker zu veräußern, die Personalentwicklung im Rathaus kritisch zu hinterfragen und wir haben immer wieder gesagt, die Steuererhöhungen von Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer dürfen erst letztes und nicht erstes Mittel sein, um den Haushalt ausgeglichen darzustellen. Wir werden diese Maßnahmen im kommenden Jahr zwar wieder mitgehen, tun uns aber schwer mit pauschalen Steuererhöhungen für die kommenden Jahre. Diesen werden wir an dieser Stelle daher noch nicht zustimmen und warten die Entwicklungen des laufenden Jahres ab.

Gleiches gilt für den Antrag der Grünen, den wir ablehnen werden. Eine beitragsfreie OGS ist grundsätzlich wünschenswert – das bestreiten wir nicht. Und schon jetzt ist die OGS für Familien, die Unterstützungsleistungen erhalten, kostenfrei. Aber sie ist kein grünes Alleinstellungsmerkmal. In einer Nachbarkommune wird sie bereits eingeführt, weil man es sich dort aber aktuell auch leisten kann. Espelkamp kann das noch nicht.

Für uns muss doch jetzt Priorität haben, den neuen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz zum kommenden Schuljahr verlässlich und rechtssicher umzusetzen.

Was die Grünen in ihrem Antrag ausblenden, ist die Verantwortung von Bund und Land. Die OGS ist eine kommunale Pflichtaufgabe – ohne auskömmliche Finanzierung. Von Konnexität keine Spur. Stattdessen ein 17-Setein-Erlass, kein richtiges Gesetz und die Kommunen bleiben mit der Umsetzung und vor allem einer auskömmlichen Finanzierung allein.

Und wenn es nach den Espelkamper Grünen geht, soll das Ganze über Steuermittel finanziert werden – in einem Hochsteuerland, in dem die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger höher ist als im europäischen Durchschnitt.

Wir plädieren deshalb dafür, die Beiträge vorerst beizubehalten, die Entwicklung der OGS sorgfältig zu beobachten und später über Beitragsfreiheit zu entscheiden. Entwickeln wir die Offene Ganztagschule in Espelkamp doch erstmal weiter. Investieren wir zum Beispiel in Rhythmisierung, mehr außerschulische Partner und Qualität.

Denn OGS ist mehr als Betreuung. Und kostenlos, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, bedeutet nicht automatisch besser.

Insgesamt sehen wir, dass wir nicht viel Spielraum haben. Und so viel Kreativität auch möglich wäre. Die Realität sieht anders aus. Wichtig ist uns aber noch einmal festzuhalten: Wir Liberale wollen die steuerlichen Entwicklungen für das kommende Jahr erst noch abwarten und jetzt noch nicht pauschal für eine weitere Erhöhung stimmen.

Ein abschließender Dank gilt unserer Kämmerei und unserem Kämmerer. Wir danken der Verwaltung für die Erarbeitung der Konsolidierungsliste, die wir wie oben schon beschrieben, mitgehen werden. Einen tragfähigen Haushalt unter den aktuellen Rahmenbedingungen aufzustellen, erfordert Fachwissen, Ausdauer und Verantwortungsbewusstsein. Vielen Dank für diese anspruchsvolle Arbeit.

Vielen Dank!

Beschaffungsvariantenvergleich



- ❖ Beschaffungsvariantenvergleich/ ÖPP- Inhabermodell
- ❖ Dringende Empfehlung von der NRW.Bank
- ❖ Ob diese Beschaffungsform als vorteilhaft eingeschätzt wird, kann nur anhand eines Beschaffungsvariantenvergleichs ermittelt werden
- ❖ Aufgrund der Investitionsgröße der Maßnahme und der Folgekosten, sollten sämtliche realistische Varianten für die Umsetzung der Maßnahme betrachtet werden

- ❖ ÖPP- Erwerbermodell nicht, da sich das in Frage kommende Grundstück im Eigentum der Stadt befindet !

- ❖ Alternative Beschaffungsformen können gegenüber der Eigenrealisierung aufgrund der darin angelegten Risikoverteilung, der deutlich reduzierten Anzahl an Schnittstellen im Bereich Planen und Bauen auf Auftraggeberseite sowie in vielen Fällen durch Einbringung von fachspezifischen Knowhow der privaten Partner zu Effizienzvorteilen führen
- ❖ Personelle Ressourcen im Vergabeverfahren bis zur Beauftragung des Bieters komprimierter gebunden

- ❖ Charakteristisch sind die funktionalen Leistungsbeschreibungen Planen, Bauen und Betrieb
- ❖ Im Rahmen des Vergabeverfahrens die zentrale Orientierung für die Bieter / privaten Partner bei der Entwicklung von Lösungskonzepten
- ❖ In der Leistungsbeschreibung Planen und Bauen können bereits Vorgaben für denkbare Umbau - und Umnutzungserfordernisse berücksichtigt werden

- ❖ Bei Eigenrealisierung verbleibt der Großteil der potentiellen Risiken bei der Kommune
- ❖ Bei alternativen Beschaffungsformen werden einige der Risiken auf den privaten Partner übertragen bzw. von diesem übernommen (Risiken die er besser steuern / managen kann) - Planungs- und Kalkulationsrisiken
- ❖ Fehlende Bedarfsplanungen verbleiben z.B. im Risikobereich der Stadt

- ❖ Projekt ist durchweg positiv gelaufen
- ❖ Bezogen auf den Betrieb des Gebäudes, würde man ein solches Projekt erneut mit einem ÖPP wieder angehen

ÖPP und Risiken

Beispiele

Risikobezeichnung	Risikoträger		
	Kommune = Auftraggeber	Priv. Partner = Auftragn.	gemeinschaftlich
Gesetzesänderungen			AN bis Abgabe Angebot
Höhere Gewalt			
Leistungsänderungen			
Preissteigerungen	Betrieb	Bau	
Baugrund	In Teilen auf AN übertragbar		
Bausubstanz	In Teilen auf AN übertragbar		
Terminrisiko			
Genehmigungsrisiko			
Kalkulationsrisiko			
Instandhaltung			
Nachnutzung			

ÖPP und Risikoabsicherung

aus kommunaler Sicht

Risiken	ÖPP-typische Absicherung / Zuordnung
Bodenrisiken, Bestandsrisiken	Soweit bei Ausschreibung bekannt: privater Partner
Verfügbarkeit / Insolvenz Nachunternehmer, Kostensteigerungen	trägt privater Partner
Insolvenz des privaten Partners in der Bauphase	Bau-Bürgschaft, Gewährleistungsbürgschaft, Zahlung i.d.R. erst ab Übergabe
Schlechtleistung beim Bau	Baubegleitendes Controlling; Zahlung erst ab mängelfreier Übergabe
Insolvenz in der Betriebsphase	Betriebsbürgschaft! Separiertes, insolvenzsicheres Rücklagenkonto
Schlechtleistung im Betrieb	Leistungsmessung über „ServiceLevels“; Entgeltkürzungen / Malus; Eskalation z.B.: Vertragsbeirat, Schlichtung, Kündigung
Energieverbrauch	Definiertes Nutzungsprofil; Kosten Mehrverbrauch trägt privater Partner; Minderkosten werden i.d.R. aufgeteilt

ÖPP und Risikoabsicherung

aus kommunaler Sicht

Risiken	ÖPP-typische Absicherung / Zuordnung
Vandalismus	i.d.R. baulicher Vandalismusschutz und Risikoteilung über Budgetregelung
Unzureichende Instandhaltung / Sanierungsbedarf am Vertragsende	Instandhaltungs-Rücklagenkonto beim Auftraggeber! Abgestimmte Mittelverwendung Gutachterbewertung zum definierten Gebäudezustand kurz vor Vertragsende Bürgschaft oder Entgelteinbehalt
Erhöhung USt, sonst. Gesetzesanpassungen	trägt öffentliche Hand
Sachlicher Anpassungsbedarf (z.B. Entwicklung Schülerzahlen), Nutzungsflexibilität	Teilkündigungsrechte, Mehrleistungen (z.B. Ausweitung Betriebszeiten) über Entgeltregelungen, sonstige Mehrleistungen nach Vergaberecht